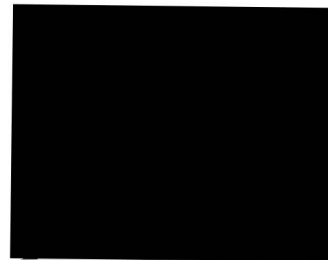


Ausschließlich per E-Mail

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,  
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen  
– Beschlusskammer 9 –  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn

E-Mail: [thomas.scholtyssek@bnetza.de](mailto:thomas.scholtyssek@bnetza.de)



[info@gleisslutz.com](mailto:info@gleisslutz.com)  
[info@gleisslutz.com](mailto:info@gleisslutz.com)  
[www.gleisslutz.com](http://www.gleisslutz.com)

Datum  
17. Februar 2020

**Aktenzeichen BK9-19/612**

In den Verwaltungsverfahren

der **Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**,  
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

– Bundesnetzagentur –

gegenüber

**allen in den Marktgebieten NetConnect Germany und GASPOOL tätigen Fernleitungsnetz-  
betreibern**

– Betroffene –

hinsichtlich der Festlegung der Höhe der Multiplikatoren, der Festlegung eines Abschlags an Ein-  
speisepunkten aus LNG-Anlagen sowie an Ein- und Ausspeisepunkten von Infrastrukturen, die zur  
Beendigung der Isolation von Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Gasfernleitungsnetze errichtet  
wurden, und der Festlegung der Höhe der Abschläge für unterbrechbare Standardkapazitätsproduk-  
te an allen Koppelungspunkten für das Kalenderjahr 2021 („**MARGIT 2021-Festlegung**“)

nehmen wir namens und im Auftrag

der **Gazprom export LLC**,     ,  
vertreten durch ihre Generaldirektorin,

– Stellungnehmende –

wie folgt Stellung:

Die in dem Entwurf der MARGIT 2021-Festlegung vorgesehenen Regelungen sind nach Auffassung der Stellungnehmenden nicht in jeder Hinsicht sachgerecht und rechtmäßig. Änderungen hält die Stellungnehmende vor allem im Hinblick auf die vorgesehenen Multiplikatoren für unterjährige Kapazitätsprodukte und hinsichtlich der Bepreisung von unterbrechbaren Kapazitäten für geboten.

Die von der Bundesnetzagentur geplante MARGIT 2021-Festlegung steht im Kontext mehrerer anderer Festlegungen zur Umsetzung von Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 2017/460 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über harmonisierte Fernleitungsentgeltstrukturen („NC TAR“) und zur Marktgebietszusammenlegung. Zu den weiteren Festlegungen auf der Grundlage des NC TAR zählen insbesondere die Festlegungen zur regelmäßigen Entscheidung über die Referenzpreismethode (Aktenzeichen BK 9-18/610-NCG und BK9-18/611-GP – „**REGENT-Festlegungen**“). Die REGENT-Festlegungen, die als Referenzpreismethode für Fernleitungsnetzentgelte ein distanzunabhängiges, pauschalierendes Briefmarkenentgelt vorsehen, sind derzeit nicht bestandskräftig und zudem ebenfalls Gegenstand eines neuen Festlegungsverfahrens („**REGENT 2021**“). Es sei daher bereits vorab angezeigt, dass eine verlässliche wirtschaftliche Bewertung der gaswirtschaftlichen Auswirkungen der MARGIT 2021-Festlegung kaum möglich ist. Sie steht immer unter den Prämissen, dass die REGENT-Festlegungen gerichtlich bestätigt und damit bestandskräftig werden bzw. durch REGENT 2021 nicht wesentlich verändert werden. Dass die Bundesnetzagentur auf dieser Grundlage eine sachgerechte Entscheidung über die Höhe von Multiplikatoren treffen kann, bezweifelt die Stellungnehmende.

Die durch MARGIT 2021-Festlegung geplanten Multiplikatoren hängen wesentlich mit dem Referenzpreismodell der REGENT-Festlegungen zusammen. Durch die REGENT-Festlegungen wird als Referenzpreis eine pauschalierende, marktgebietsweise Briefmarkenmethode eingeführt. Die Entgelte werden danach durch Division der Erlöse aus Fernleitungsdienstleistungen durch die prognostizierten, kontrahierten Kapazitäten aller Ein- und Ausspeisepunkte errechnet. Der so ermittelte Referenzpreis ist der Preis für eine Jahreskapazität. Zur Umrechnung in unterjährige Kapazitätsprodukte wie Quartals-, Monats- und Tageskapazitäten sieht der NC TAR die Festlegung von Multiplikatoren, für unterbrechbare Kapazitäten die Festsetzung eines Abschlags vor. Dies erfolgte in der Vergangenheit durch die MARGIT-Festlegung und soll durch die MARGIT 2021-Festlegung nach den Plänen der Bundesnetzagentur verlängert werden.

Die Stellungnehmende ist der Auffassung, dass die vorgesehene MARGIT 2021-Festlegung weder sachgerecht ist, noch den Anforderungen des europäischen Energierechts gerecht wird. Dies betrifft namentlich die Regelungen zu unterjährigen Kapazitätsprodukten (siehe unter I. und II.) und zu unterbrechbaren Kapazitäten (siehe unter III.). Den Ausschluss saisonaler Faktoren (siehe unter IV.) sowie den Ausschluss eines LNG-Abschlages (siehe unter V.) begrüßt die Stellungnehmende.

## **I. Multiplikatoren für unterjährige Kapazitätsprodukte**

Die Bundesnetzagentur beabsichtigt, für unterjährige Kapazitätsprodukte – gestaffelt nach deren Dauer – Multiplikatoren im Zahlenraum zwischen 1,1 und 2,0 festzusetzen. Sie argumentiert, diese Kapazitätsprodukte seien an den Leerstandskosten der Transportinfrastruktur zu beteiligen. Ein Netzbetreiber gestalte seine Infrastruktur nämlich so, dass er stets in der Lage sei, alle nachgefragten Kapazitäten, egal ob lang- oder kurzfristig, zu bedienen. Die Leistungsfähigkeit seiner Infrastruktur bestimme sich also nach der im Jahresverlauf höchsten Nachfrage. Soweit Kapazität nur kurzzeitig nachgefragt werde, bleibe ein Teil der Infrastruktur für den Rest des Jahres ungenutzt und verursache Leerstandskosten. An diesen sollten Transportkunden, die unterjährige Kapazitätsprodukte buchen, beteiligt werden.

Dieser Argumentation ist nicht zu folgen. Die angesetzten Multiplikatoren sind nicht sachgerecht, weil bislang nicht hinreichend berücksichtigt ist, dass unterjährige Buchungen nicht die Ursache von Pipeline-Leerständen sind, sondern Mittel zu deren Vermeidung. Das muss sich in Multiplikatoren auswirken, die niedriger sind als sie bislang angesetzt wurden. Denn Kapazitätsprodukte mit kurzer Laufzeit erhöhen die Auslastung einer Transportinfrastruktur auch in Zeiten insgesamt niedrigerer Auslastung und schaffen Anreize zu Buchungen in Fällen, in denen langfristige Kapazitätsprodukte nicht lohnenswert wären und deshalb nicht nachgefragt werden. Unterjährige Kapazitätsprodukte erhöhen damit die Auslastung des Fernleitungsnetzes, das ansonsten in größerem Umfang ungenutzt bliebe. Der Leerstand wird dabei nicht für die unterjährigen Kapazitäten erzeugt. Die Multiplikatoren müssen daher deutlich geringer angesetzt werden, um sachgerecht zu sein.

Die angesetzten Multiplikatoren sind zudem nicht verursachungsgerecht. Bei der Höhe der Multiplikatoren bleibt bislang unberücksichtigt, dass Leerstandskosten keinesfalls zwingend aus Nachfragespitzen folgen, die durch unterjährige Kapazitätsprodukte ausgelöst werden. Es ist keinesfalls ausgeschlossen, dass ein Leerstand etwa infolge einer Fehldimensionierung der Pipeline oder einer Verlagerung von Gasflüssen besteht oder schlicht durch einen geringeren Gasbedarf ausgelöst wird. Wieso mit derartigen Kosten die Nachfrager unterjähriger Kapazitätsprodukte überproportional belastet werden sollen, bleibt unklar und ist mit dem Grundsatz der Verursachungsgerechtigkeit nicht zu vereinbaren.

Unterjährige Buchungen sollten, im Sinne der höheren unterjährigen Netzauslastung mit deutlich geringeren Multiplikatoren belegt werden.



## II. Multiplikatoren für Sekundärprodukte

Aus der Begründung zur MARGIT-2021 Festlegung ergibt sich,<sup>1</sup> dass für ein auf dem Sekundärmarkt gehandeltes Kapazitätsprodukt der Multiplikator angewendet werden soll, der sich aus der Laufzeit des Sekundärproduktes ergibt. Das führt dazu, dass beispielsweise bei einem bestehenden Monats-Standardkapazitätsprodukt der Multiplikator von 1,25 für das Hauptprodukt beträgt, bei einem Verkauf eines Tages-Standardkapazitätsproduktes auf dem Sekundärmarkt allerdings ein Multiplikator von 1,4 angewendet werden soll.

Diese Anwendung der Multiplikatoren auf den Sekundärhandel ist weder nachvollziehbar noch sachgerecht. Denn aus der Perspektive des betroffenen Fernleitungsnetzbetreibers handelt es sich weiterhin um die Nutzung des gleichen Monats-Standardkapazitätsprodukts, das er als Hauptprodukt vermarktet hat. Der Sekundärhandel hat darauf keinen Einfluss. Eine Preissteigerung durch den Sekundärhandel ist daher nicht gerechtfertigt, auch weil damit keine zusätzliche Leistung des Fernleitungsnetzbetreibers einhergeht. Der gestiegene Multiplikator des Sekundärproduktes führt letztlich dazu, dass sich der bereits zu hoch angesetzte Multiplikator für das Hauptprodukt noch weiter verteuert. Das Anreiz zur Nutzung der Fernleitungsinfrastruktur durch eine kurzfristigere Sekundärkapazität sinkt zusätzlich. Aus der Sicht der Stellungnehmenden sollte in der MARGIT 2021-Festlegung klargestellt werden, dass sich die Höhe der Multiplikatoren für Sekundärprodukte nach dem Multiplikator für das Hauptprodukt richtet.

## III. Rabatte für unterbrechbare Kapazitätsprodukte

Nach der MARGIT 2021-Festlegung beabsichtigt die Bundesnetzagentur weiterhin, unterbrechbare Kapazitätsprodukte auf Grundlage eines Faktors *Pro* zu bepreisen. Dieser Faktor soll zunächst in einem ersten Schritt für jeden Koppelungspunkt separat bestimmt werden. In einem zweiten Schritt soll der so punktspezifische Faktor *Pro* an allen Ein- und Ausspeisepunkten zum selben Ein- und Ausspeisesystem oder vergleichbaren Systemen je Gasqualität vereinheitlicht werden.<sup>2</sup> Zur Begründung für die Mittelung führt die Bundesnetzagentur an, dass die betreffenden Punkte immer substituierbar seien und eine Vereinheitlichung in Art. 21 NC TAR angelegt sei.

Dem tritt die Stellungnehmende entgegen: Ein- und Ausspeisepunkte sind keinesfalls stets substituierbar, insbesondere dann nicht, wenn die Ausspeisung an einen bestimmten, nur über einen Punkt erreichbaren Kunden, von einem bestimmten Speicher oder einer bestimmten Zubringerleitung gewünscht ist. Das wird bislang in der MARGIT 2021-Festlegung nicht hinreichend berücksichtigt. Durch die Mittelung des Faktors *Pro* wird eine Vereinheitlichung

---

<sup>1</sup> Rn. 16 der MARGIT 2021-Festlegung.

<sup>2</sup> Rn. 35 der MARGIT 2021-Festlegung.

geschaffen, die gaswirtschaftlich nicht angelegt ist. Auch gibt Art. 21 NC TAR keine Vereinheitlichung des Faktors *Pro* vor. Art. 21 NC TAR liegt eine punktspezifische Betrachtungsweise zugrunde, der sich Vorgaben für einen einheitlichen Faktor *Pro* nicht entnehmen lassen. Die geplante Vereinheitlichung führt damit zu letztlich nicht leistungsgerechten Entgelten, weil die Preise für unterbrechbare Kapazitäten an einem bestimmten Punkt nicht den faktischen, durch die an diesem Punkt bestehende Unterbrechungswahrscheinlichkeit charakterisierten Wert der Kapazität zum Ausdruck bringen. Nach Auffassung der Stellungnehmenden ist die MARGIT 2021-Festlegung daher auch in diesem Punkt weder sach- noch verursachungsgerecht.

Der derzeitige Entwurf sieht zudem vor, dass die Unterbrechungswahrscheinlichkeit grundsätzlich allein anhand eines Rückblicks auf die tatsächlichen Unterbrechungen der vergangenen drei Jahre ermittelt werden soll.<sup>3</sup> Das ist aus Sicht der Stellungnehmenden nicht sachgerecht, weil dabei nicht berücksichtigt wird, welche Maßnahmen die Fernleitungsnetzbetreiber und Transportkunden ergreifen, um Unterbrechungen tatsächlich zu verhindern. In der Praxis sind Unterbrechungen insbesondere deswegen vergleichsweise selten, weil die Transportkunden – oftmals auf Bitten der zuständigen Fernleitungsnetzbetreiber – freiwillig netznützliche Nominierungen vornehmen. Dass diese netznützliche Verhaltensweise der Transportkunden im Wege der Regulierung zu höheren Preisen führt, kann die Stellungnehmende nicht nachvollziehen. In der Berechnung der Reservepreise für Standardkapazitätsprodukte für unterbrechbare Kapazitäten sollte dieser Umstand daher ebenfalls Berücksichtigung finden. Nur auf die Unterbrechungen in der Vergangenheit abzustellen, greift aus Sicht der Stellungnehmenden zu kurz. Der Sicherheitszuschlag von 10 Prozentpunkten ist dafür in keinem Fall ausreichend und gaswirtschaftlich nicht sachgerecht. Schließlich ist zu beachten, dass Transportkunden im Fall von Unterbrechungen auch weitergehende Kosten tragen; auch deshalb spiegelt die konsultierte Höhe der Rabatte nicht die tatsächlichen Risiken wider, die Transportkunden in Kauf nehmen, wenn sie unterbrechbare Produkte buchen.

#### IV. Ausschluss saisonaler Faktoren

Die Bundesnetzagentur macht keinen Gebrauch von der Möglichkeit, die Höhe saisonaler Faktoren festzusetzen. Daher kommen saisonale Faktoren bei der Berechnung der Reservepreise bei Nicht-Jahres-Standardkapazitätsprodukten für verbindliche Kapazitäten nicht zur Anwendung. Die Stellungnehmende begrüßt den Ausschluss saisonaler Faktoren. Sie hält ihn für sachgerecht und erforderlich, um Marktverzerrungen zu verhindern.

---

<sup>3</sup> Rn. 37f. der MARGIT 2021-Festlegung.

## V. Ausschluss LNG-Abschlag

Innerhalb der MARGIT 2021-Festlegung übt die Bundesnetzagentur ihr Ermessen dahingehend aus, dass sie keinen Abschlag für Einspeisepunkte aus LNG-Anlagen vorsieht. Dies wird von der Stellungnehmenden begrüßt und ist auch sachgerecht. Denn ein Abschlag für Einspeisepunkte aus LNG-Anlagen würde eine einseitige Bevorzugung von LNG-Anlagen darstellen und zugleich internationale Fernleitungseinspeisungen benachteiligen. Ein Abschlag wäre daher ein erheblicher Eingriff in das Marktgeschehen und eine Verzerrung des internationalen Gashandels. Die Stellungnehmende kann sich daher auch für die Zukunft nicht vorstellen, dass ein Abschlag für LNG-Anlagen sachlich zu rechtfertigen wäre. Dies könnte allenfalls gleichzeitig mit entsprechenden Preisreduzierungen für Einspeisungen aus Gasverbindungsleitungen der Fall sein.

Insgesamt regt die Stellungnehmende an, die geplanten Regelungen zu unterjährig und unterbrechbaren Kapazitätsprodukten in der MARGIT 2021-Festlegung durch sachgerechtere Lösungen zu ersetzen, die in Einklang mit dem deutschen und europäischen Energieregulierungsrecht stehen.

Diese Stellungnahme enthält keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.

